

Gesunde fühlen sich plötzlich krank

Die Pandemie hat das Gesundheitsverständnis der Jungen erschüttert: Sie gehen deutlich häufiger zum Arzt als noch vor Corona.

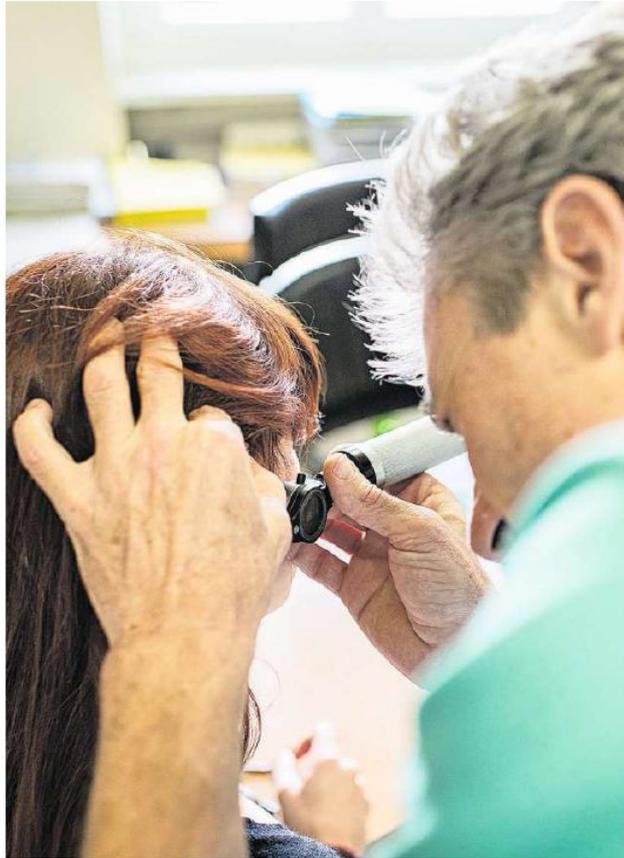
Anna Wanner

Das Coronavirus zirkuliert weiter, die Neuinfektionen bewegen sich um die 100 000 pro Tag. Doch in den Köpfen haben viele Menschen mit der Pandemie abgeschlossen. Für manche bleiben die Folgen spürbar. Wer an Long Covid erkrankt, eine Immunschwäche oder eine andere schwere Krankheit hat, muss sich noch länger mit Sars-CoV-2 auseinandersetzen. Nun zeigen erste Daten der Ärztervereinigung FMH, dass das Virus weiteren Schaden angerichtet hat: Die jungen Menschen scheinen nicht mehr darauf zu vertrauen, gesund zu sein. Dieser Trend zeigte sich schon vor Corona, wurde durch Corona aber noch verstärkt.

Die Erstbesuche bei einem Arzt oder einer Ärztin sind während der Pandemie angestiegen. Auch die Menge an Leistungen, welche die Menschen im Alter zwischen 15 und 35 bezogen haben, nahm während der Pandemie deutlich zu – um mehr als zehn Prozent seit 2017.

Ein pochendes Herz und Angst vor Unfruchtbarkeit

Wieso steigt die Nachfrage nach medizinischen Leistungen? Urs Stoffel, Arzt und FMH-Vorstand, ging der Frage nach. Er sagt, es gebe verschiedene Gründe, wieso die Jungen häufiger zum Arzt gehen. Er stelle eine «grosse Verunsicherung» fest. Das Selbstverständnis, in jungen Jahren gesund und fit zu sein, habe Risse erhalten. Das zeige sich vor allem an der Zunahme der Erstkontakte mit einem



Seit Corona gehen auch junge Gesunde öfters zum Arzt.

Bild: Christian Beutler/Keystone

«Das Selbstverständnis, in jungen Jahren gesund und fit zu sein, hat Risse erhalten.»

Urs Stoffel
Arzt und FMH-Vorstand

Arzt. «Viele Personen, die bisher als gesund galten und sich bisher auch so fühlten, gingen während der Pandemie ein erstes Mal zum Arzt», stellt Stoffel fest.

Bereits bekannt ist, dass viele junge Menschen während der Coronakrise psychische Leiden entwickelten oder dass sich diese während der Pandemie verstärkten. Doch junge Erwachsene fühlen sich offenbar auch physisch nicht mehr gesund.

Das gilt bei jungen Männern, bei denen nach einer Coronainfektion oder Impfung das Herz auf einmal stärker pochte. Nach Medienberichten über Herz-muskulaturerkrankungen bei jungen Männern schlich sich offenbar die Angst ein, ebenfalls an einer solchen Entzündung zu leiden. Die Kardiologen untersuchten die seltene Nebenwirkung häufiger. Trotz negativem Bescheid konnten Ärzte ihre Patienten häufig nicht zu deren Zufriedenheit entlassen: Die jungen Männer verlangten weitere Abklärungen. Ein Kardiologe formuliert es so: «Es reicht nicht

mehr nachzuweisen, dass der Patient nicht krank ist. Ich muss ihm beweisen, dass er völlig gesund ist.»

Anders gelagert sind die Fälle bei Frauen. Die Gynäkologen verzeichneten eine höhere Nachfrage nach Beratungen zu den Themen Impfung und Fruchtbarkeit sowie Impfung und Schwangerschaft. «Hier war die Verunsicherung gross», sagt Stoffel und zeigt Verständnis. Gleichzeitig bemerkten viele Frauen, dass sich ihre Periode nach der Impfung veränderte: Sie dauerte länger und war stärker. Auch wenn diese Veränderung als medizinisch unproblematisch gilt, führte sie zu einer stärkeren Verunsicherung bei vielen jungen Frauen.

Kosten verursacht die «kranke» Generation

Ob diese Verunsicherung anhält, lässt sich nicht abschätzen. Bei den meisten anderen Altersgruppen stellt die FMH einen Nachholerfolg fest: Während 2020 viele Patienten die Arztpraxen mieden oder Kontrollen aufschoben, stieg 2021 die Zahl der Arztbesuche wieder. Kehren wir zu alter Gewohnheit zurück? Zumindest was die Kosten betrifft, wirkt sich die Verunsicherung der Jungen nicht unmittelbar aus. Sie gelten nach wie vor als «gesund». Urs Stoffel sagt: «Noch gilt weiterhin, dass 80 Prozent der Gesundheitskosten von rund 20 Prozent der betagten Patientinnen und Patienten verursacht werden.» Aber die Nachfrage nach medizinischen Leistungen bei jüngeren habe sich bereits deutlich verändert.

Ende der Isolation: Folgt nun der Ansturm auf die Arztpraxen?

Wegen Corona könnten bald sehr viele Personen ein Arzteugnis brauchen. Die Arbeitgeber wollen kulant sein – sofern sie es können.

Maja Briner

Zwei Jahre lang folgte auf einen positiven Coronatest die Anordnung der Behörden: Ab in die Isolation, zu Hause bleiben! Wer sich nicht daran hielt, konnte gebüsst werden. Damit ist bald Schluss. Auf Ende Monat dürfte der Bundesrat wie angekündigt die Isolationspflicht aufheben. Ab April ist dann auch in diesem Punkt die viel zitierte Eigenverantwortung gefragt. Denn eines machte Patrick Mathys vom Bundesamt für Gesundheit diese Woche klar: Wer krank ist, gehört auch ohne Isolationspflicht nicht in die Öffentlichkeit – und auch nicht an den Arbeitsplatz.

Der oberste kantonale Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger wies kürzlich darauf hin, dass dies zu einer Überlastung der Ärzte führen könnte. Denn wer am Arbeitsplatz fehlt, braucht ein Arzteugnis – häufig ab dem dritten Krankheitsstag. Angesichts von Zahnarztstunden Ansetzungen pro Tag dürften das viele sein.

Die Hausärzte wünschen sich Kulanz von den Arbeitgebern. Marc Jungi, Vorstand smit-

glied von MFE Haus- und Kinderärzte Schweiz, sagt: «Wir hoffen, dass die Arbeitgebenden ihre Regeln mit Augenmass umsetzen. Das wäre für uns wichtig.» Es sei nicht sinnvoll, wenn Infizierte, die keine medizinische Konsultation benötigen, in eine Arztpraxis gehen müssten, weil sie ein Attest brauchen, sagt der Hausarzt.

Anders sei die Situation, falls die Krankheit länger andauere.

Wenn die Symptome über fünf Tage anhalten oder sich verschlechtern, dann sollte man sowieso zum Arzt oder zur Ärztin gehen, rät er.

Bemüht um unbürokratische Lösungen

Die Arbeitgeber wollen grosszügig sein – sofern sie das können. Das geht aus einer Kurzumfrage hervor, die der Schweizerische Arbeitgeberverband unter sei-

nen Mitgliedern durchgeführt hat. Diese habe ergeben, dass viele Unternehmen bereits in den vergangenen Monaten bei der Einforderung von Arzteugnissen infolge einer Coronarückkrankung Kulanz walten liessen. Man sei darauf bedacht gewesen, «das Zeugnis nur einzufordern, wenn es wirklich nötig war», so Predy Greuter vom Arbeitgeberverband. «Die Arbeitgeber sind bestrebt, auch

künftig nach unbürokratischen Lösungen zu suchen», sagt er. So könnte beispielsweise das Vorzeigen eines positiven Testresultats in der anstehenden Übergangsphase als Alternative zum Arzteugnis fungieren.

Den Unternehmen sind indes zum Teil die Hände gebunden: «Dort, wo vertraglich das Einholen eines Arzteugnisses mit der Krankentaggeldversicherung vereinbart wurde, wird man diese bindenden Regeln aber beachten oder kurzfristig neue Vereinbarungen treffen müssen», heisst es beim Arbeitgeberverband. Das Arzteugnis sei bei den Versicherungen in vielen Fällen Grundlage für die Zahlung von Krankentaggeldleistungen.

Angestellte sollen keine Lohnausfälle fürchten

Das könnte Angestellte in eine unangenehme Lage bringen. Christian Capoccolo von der Gewerkschaft Unia sagt: «Wichtig ist, dass erkrankte Angestellte keine Angst vor Lohnausfällen haben müssen.» Könnten die Arzteugnisse nicht in nützlicher Zeit ausgestellt werden,

könnte genau das der Fall sein, warnt er. Es gelte deshalb, die nötigen Kapazitäten zum Beispiel bei den Testzentren zu schaffen und eine einfache und rasche Ausstellung der Zeugnisse zu ermöglichen. «Sollte es trotzdem Engpässe geben, sollten die Arbeitgebenden dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden keine Lohninbussen fürchten müssen», fordert er. Sonst bestehe die Gefahr, dass Angestellte trotz Erwerkschutz zur Arbeit kämen.

Die Gewerkschaft VPOD sorgt sich derweil um die Hausärzte. Elvira Wieggers warnt, die Aufhebung der Isolationspflicht dürfe nicht dazu führen, dass die Hausärzte und Hausärztinnen unter Druck gerieten. «Es kann nicht sein, jetzt auch noch den ambulanten Bereich an den Anschlag zu bringen.» Die Belastung für das Gesundheitspersonal sei nicht erst seit Ausbruch der Pandemie sehr gross. Derzeit sei die Personalsituation in den Spitälern teilweise sehr angespannt. Die Arbeitsbedingungen müssten jetzt nachhaltig verbessert werden, fordert Wieggers.

«Wir stehen vor einer neuen Coronawelle»

Das Tessin bittet den Bund, die Aufhebung der besonderen Lage zu verschieben.

Pandemie Der Bundesrat erhält dringende Post aus dem Tessin. Die Regierung des Südschweizer Kantons bittet die Landesregierung, die bislang auf den 1. April geplante Aufhebung der besonderen Lage zu verschieben. «Wir stehen vor einer neuen Coronawelle», sagte Gesundheitsdirektor Raffaele De Rosa gestern in Bellinzona. Insgesamt verliefen die Infektionen

derzeit zwar weniger gravierend als in früheren Wellen. Doch wegen der schieren Anzahl würden nun auch die Hospitalisierungen und Todesfälle wieder ansteigen. Betroffen seien Geimpfte und Ungeimpfte – und immer mehr auch wieder ältere und damit vulnerablere Menschen.

Nachdem der Bundesrat Mitte Februar praktisch alle Coronamassnahmen aufgehoben

hat, will er mit der Aufhebung der besonderen Lage auch noch die letzten Massnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus aufheben. Damit würden die Kantone wieder vollständig verantwortlich für die Pandemiebekämpfung. Zum Beispiel entliefe auch die Möglichkeit für den Bund, im öffentlichen Verkehr eine schweizweit gültige Maskenpflicht anzuordnen. (sat)